



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

19. Wahlperiode - 30. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 30. August 2018, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

stellv. Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Stefan Weber (SPD)

i. V. v. Thomas Rother

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Geschäftsbericht 2017 der GMSH</b>	<b>5</b>
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes (Schülerbeförderung)</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/372	
<b>3. Seniorinnen und Senioren von Bürokratie entlasten: Verzicht auf Einkommensteuererklärungen durch Einführung eines Amtsveranlagungsverfahrens</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/734	
<b>Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten</b>	<b>8</b>
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/791	
<b>4. Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Alternativantrag der Fraktion der SPD	
<b>5. Terminplanung 2019</b>	<b>10</b>
<b>6. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>11</b>
Umdruck 19/1135 - Zuweisung von Geldbußen an gemeinn. Einrichtungen	
Umdruck 19/1141 - IT-Projekte	
Umdruck 19/1158 - Vermessungs- und Katasterverwaltung	
Umdruck 19/1167 - über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal 2018	
Umdruck 19/1177 - Maßnahmen für eine demografiebewusste Personalpolitik	
Umdruck 19/1186 - Kosovo-Rückkehrprojekt	
Umdruck 19/1187 - einheitliche Schulverwaltungssoftware	
Umdruck 19/1198 - Bereitstellung von geologischen Bohrungsdaten	
Umdruck 19/1204 - Bettenbedarf in den Krankenhäusern	
Umdruck 19/1216 - IT-Maßnahmen	
Umdruck 19/1217 - E-Justice und Referendariat	
Umdruck 19/1218 - Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes	
Umdruck 19/1226 - Haushaltsvollzug im ersten Halbjahr 2018	
Umdruck 19/1227 - Förderung offener Ganztagschulen	
Umdruck 19/1233 - Verwaltungsvereinbarung Digitalisierung Filmerbe	
Umdruck 19/1235 - Hochschulsteuerung	
Umdruck 19/1237 - Ressourceneinsatz Lehrkräfte	
Umdruck 19/1238 - Professur E-Government	

<b>7.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>13</b>
<b>8.</b>	<b>Privatisierungsverfahren der HSH Nordbank AG</b>	<b>14</b>

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Petersdotter, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Einstimmig beschließt der Ausschuss, die [Umdrucke 19/1053, 19/1184](#) und 19/1202 vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

## 1. **Geschäftsbericht 2017 der GMSH**

### [Umdruck 19/1224](#)

Herr Eisoldt, Geschäftsführer der GMSH, führt in die Geschäftstätigkeit der GMSH ein und berichtet über die Einführung des Verfahrens „Building Information Modeling“, was das Herzstück der Digitalisierung in der Baubranche sei (siehe Anlage). Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet er, man wolle BIM im offenen Verfahren nutzen, um allen Unternehmen die Chance zu geben, an Ausschreibungen teilzunehmen, und die vielen kleinen Planungsbüros im Lande nicht vom Wettbewerb ausschließen. Im Gegensatz zu Dänemark, wo die Angebote für öffentliche Projekte mit der BIM-Software abgegeben werden müssten, setze man in Schleswig-Holstein im Hinblick auf die kleinteilige Unternehmensstruktur auf offene Schnittstellen statt die Vorgabe bestimmter Software-Plattformen und auf die Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden.

Mehrere Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, das BIM-Verfahren möglichst bald einheitlich anzuwenden, um in der digitalen Entwicklung von anderen Ländern nicht abgehängt zu werden und Mehraufwand bei der GMSH zu vermeiden.

Herr Eisoldt wirbt dafür, BIM zunächst auch mit offenen Schnittstellen zu implementieren. Es sei nicht ausgeschlossen, dass Bund und Länder verbindliche Standards setzten. Das schleswig-holsteinische Finanzministerium leite ab November 2018 den Ausschuss für staatlichen Hochbau der Länder. Die Deutsche Bahn schreibe die Nutzung der gleichen Software-Plattform wie Dänemark vor. BIM gelte aktuell nur für Neubauten und nicht für Bestandsgebäude. Ziel sei, als GMSH den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes mit BIM abzubilden und damit Vorteile für Bauausführung und Betrieb zu generieren. Er sagt zu, den Ausschuss darüber zu unterrichten, welche Kosten mit den Schnittstellen gegenüber einem verpflichtenden BIM-Verfahren verbunden seien.

Auf Fragen zum Geschäftsbericht antwortet Herr Eisoldt, im Hochschulbau brächten die riesigen Investitionsvolumina die GMSH an die Grenzen der Kapazität. Wenn die GMSH die Durchführung eines Projekts übernehme, wickele sie es allerdings wie geplant ab; es liege nicht an der GMSH, wenn Projekte zur schleppend vorangingen. Die Akquirierung von Personal und Firmen sei eine große Herausforderung.

Auf Vorschlag von Abg. Raudies beschließt der Finanzausschuss, das Thema Hochschulbau in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss zu vertiefen (dazu auch [Umdruck 19/1235](#)).

Ministerin Heinold äußert, das Land traue sich zu, 2018 circa 145 Millionen € zu verbauen; alles, was dazukomme, sei gut.

Auf eine Frage des stellvertretenden Vorsitzenden antwortet Herr Eisoldt, die Verbindung von Bundes- und Landesbau in der GMSH eröffne den Beschäftigten Karrierechancen. Die Personalfluktuaton zwischen beiden Bereichen gehe nicht zulasten des Landesbaus; er werde dem Finanzausschuss Zahlen zum Personalaustausch zwischen Bundes- und Landesbau nachliefern.

Der Finanzausschuss nimmt den GMSH-Geschäftsbericht zur Kenntnis.

## 2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes (Schülerbeförderung)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/372](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017 an den **Bildungsausschuss**, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/554](#), [19/626](#), [19/634](#), [19/657](#), [19/660](#), [19/664](#),  
[19/666](#), [19/687](#), [19/688](#), [19/691](#), [19/695](#), [19/696](#),  
[19/697](#), [19/698](#), [19/709](#), [19/719](#), [19/843](#), [19/865](#)

Die Beratung über den SSW-Gesetzentwurf zur Schülerbeförderung wird vertagt, um die Ergebnisse der mündlichen Anhörung des Bildungsausschusses am 13. September 2018 abzuwarten.

**3. Seniorinnen und Senioren von Bürokratie entlasten: Verzicht auf Einkommensteuererklärungen durch Einführung eines Amtsveranlagungsverfahrens**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/734](#)

**Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/791](#)

(überwiesen am 14. Juni 2018)

Der Finanzausschuss will die Beratungen am 1. November 2018 auf der Grundlage eines schriftlichen Berichts des Finanzministeriums fortsetzen.



#### **4. Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/757](#)

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/778](#)

(überwiesen am 5. Juli 2018 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Der Ausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses an, bis Ende Oktober 2018 schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Der Ausschuss hat keine Bedenken dagegen, dass die Landesregierung bereits eine Bundesratsinitiative für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit sogenannter Freifunk-Initiativen vorbereitet.

## **5. Terminplanung 2019**

[Umdruck 19/1279](#)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss die Sitzungstermine 2019, [Umdruck 19/1279](#).

## 6. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 19/1135](#) - Zuweisung von Geldbußen an gemeinnützige Einrichtungen
- [Umdruck 19/1141](#) - IT-Projekte
- [Umdruck 19/1158](#) - Vermessungs- und Katasterverwaltung
- [Umdruck 19/1167](#) - über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal 2018
- [Umdruck 19/1177](#) - Maßnahmen für eine demografiebewusste Personalpolitik
- [Umdruck 19/1186](#) - Kosovo-Rückkehrprojekt
- [Umdruck 19/1187](#) - einheitliche Schulverwaltungssoftware
- [Umdruck 19/1198](#) - Bereitstellung von geologischen Bohrungsdaten
- [Umdruck 19/1204](#) - Bettenbedarf in den Krankenhäusern
- [Umdruck 19/1216](#) - IT-Maßnahmen
- [Umdruck 19/1217](#) - E-Justice und Referendariat
- [Umdruck 19/1218](#) - Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes
- [Umdruck 19/1226](#) - Haushaltsvollzug im ersten Halbjahr 2018
- [Umdruck 19/1227](#) - Förderung offener Ganztagschulen
- [Umdruck 19/1233](#) - Verwaltungsvereinbarung Digitalisierung Filmerbe
- [Umdruck 19/1235](#) - Hochschulsteuerung
- [Umdruck 19/1237](#) - Ressourceneinsatz Lehrkräfte
- [Umdruck 19/1238](#) - Professur E-Government

Zu [Umdruck 19/1135](#) - Zuweisung von Geldbußen an gemeinnützige Einrichtungen - bittet Abg. Raudies darum, die Neufassung der Allgemeinen Verfügung „Geldauflagen im Strafverfahren zugunsten gemeinnütziger Einrichtungen oder der Staatskasse“ dem Finanzausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss zuzuleiten.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, bittet darum, dem Ausschuss die Neufassung der Allgemeinen Verfügung rechtzeitig vor Inkrafttreten zuzuleiten und wie in Hamburg in der AV ein Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs zu verankern. Die Begründung des Justizministeriums zur Ablehnung eines Sammelfonds, die Missbrauchsgefahr bei der Verteilung der Mittel sei bei einem Gremium größer, teile der Rechnungshof nicht.

Die Thematik soll in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung mit dem Justizministerium erörtert werden.

Zu [Umdruck 19/1141](#) - SAP und IT - folgt der Ausschuss der Anregung von Herrn Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, das Finanzministerium zu bitten, über den Fortgang des Verfahrens Anfang 2019 zu berichten.

Eine Frage von Abg. Harms zu [Umdruck 19/1158](#) - Vermessungs- und Katasterverwaltung - beantwortet Herr Reußow, Leiter des Referats Bauaufsicht, Landesbauordnung, Vermessung und Geoinformation im Innenministerium, dahin, das Innenministerium empfehle dem Kabinett, den Standort Flensburg insbesondere auch aus Gründen der Personalgewinnung zu erhalten und an beiden Standorten (Husum und Flensburg) festzuhalten. - Die Thematik soll in der Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung am 20. September 2018 erörtert werden.

Zu [Umdruck 19/1177](#) - Maßnahmen für eine demografiebewusste Personalpolitik - bemerkt Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer, der Rechnungshof erkenne die Anstrengungen des Landes bei der Nachwuchsgewinnung an, es sei allerdings wenig ambitioniert, dass die Datenlage und Auswertungsmöglichkeiten von KoPers erst Ende 2022 den Anforderungen des Rechnungshofs entsprechen sollten.

Bei [Umdruck 19/1216](#) - IT-Maßnahmen - folgt der Ausschuss der Anregung von Vizepräsident Wollesen und bittet das Ministerium für Digitalisierung, bis Ende des ersten Quartals 2019 erneut zu berichten.

In [Umdruck 19/1227](#) - Förderung Offener Ganztagschulen - vermisst Herr Dr. Eggeling Aussagen darüber, welche konkreten Maßnahmen das Bildungsministerium veranlasst habe. - Die Thematik soll auf die Tagesordnung einer der nächsten Finanzausschusssitzungen gesetzt werden.

Bei [Umdruck 19/1235](#) - Hochschulsteuerung - mahnt Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, seitens des Rechnungshofs zum wiederholten Mal an, die Landesregierung möge eine konzeptionelle Planung der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein vorlegen. - Der Finanzausschuss will das Thema Hochschulplanung und Hochschulbau in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss vertiefen.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Eggeling soll das Thema Ressourceneinsatz im Bereich Lehrkräfte ([Umdruck 19/1237](#)) in einer der nächsten Sitzungen mit Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke erörtert werden.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

## **7. Verschiedenes**

a) Abg. Raudies mahnt zum wiederholten Male die in der gemeinsamen Ausschusssitzung am 30. Mai 2018 vom Wirtschaftsministerium zugesagte Vorlage zur geplanten Verwendung der Regionalisierungsmittel an.

b) Finanzministerin Heinold kündigt an, den Ausschuss im November 2018 über das Thema Überwachung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat informieren zu wollen, zu der Bund und Länder am 6. Dezember 2018 eine Vereinbarung beschließen wollten.

c) Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider teilt mit, dass die Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen derzeit sieben Arbeitstage beziehungsweise neun Kalendertage betrage.

d) Staatssekretärin Dr. Schneider kündigt an, dem Ausschuss zur Sitzung am 1. November 2018 einen Zwischenbericht zur Einführung von KoPers Entgelt zuzuleiten.

e) Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann teilt mit, ab März 2019 führten die Bundesländer ein Jahr lang eine Online-Befragung von einkommensteuerpflichtigen natürlichen Personen durch.

f) Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 5. September 2018 um 9 Uhr statt.

## **8. Privatisierungsverfahren der HSH Nordbank AG**

Finanzministerin Heinold teilt mit, man stehe in Gesprächen mit allen Beteiligten, damit das Closing bis Ende des Jahres 2018 gelinge.

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV und § 17 Absatz 2 GeschO im Folgenden nicht öffentlich und vertraulich beraten.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Petersdotter, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Lasse Petersdotter  
stellv. Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer